

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntags.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 RM.  
ohne Postbestellgebühr. Nur Post-  
bezug. Bestellung bei allen Postan-  
stalten. Geschäftsstelle Berlin S. 59,  
Lichtenstr. 68 I. Fernr.: Mpp 1. 8663.

Minutigenpreis  
die viergehaltene Beilage 20 Pf.;  
für Verbandsmitglieder 10 Pf.;  
Stellenangebote 60 Pf.; Veramm-  
lungsanzeigen je 30 Pf. Der An-  
zeigenpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 5.

Berlin, den 27. Januar 1918.

34. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Frist für die Einlieferung der Abrechnungen pro 4. Quartal 1917 ist abgelaufen. An alle Zahlstellen- und Bauverwaltungen, die Abrechnungen noch nicht eingefandt haben, richten wir das dringende Ersuchen, das Veräumte sofort nachzuholen.

2. Die **Verichtskarten für das Statistische Amt** (graue Karten) sind in der abgelaufenen Woche an die Kassierer der Gauen und Zahlstellen verandt worden. Als Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen kommt für diesen Monat der 26. Januar in Betracht. Die Verichtskarten sind **spätestens bis zum 4. Februar** an uns einzusenden.

Sollte die Sendung bis zum 25. Januar irgendwo nicht eingetroffen sein, bitten wir um entsprechende Nachricht.

Der Verbandsvorstand.

## Ein gewerkschaftliches sozialpolitisches Programm.

I.

So kann man mit Recht die sozialpolitischen Forderungen der deutschen Gewerkschaften bezeichnen, welche die Vorstandskonferenz im November 1917 beraten und beschlossen hat, nachdem die Verbandsvorstände vorher dazu Stellung genommen hatten. Sie sind zunächst in Nr. 1, 1918, des „Correspondenzblattes“ veröffentlicht worden mit einer kurzen Begründung und Besprechung, sie werden aber demnächst als Druckschrift mit einer ausführlicheren Begründung erscheinen.

Nach Kriegsbeendigung erwartet uns eine unablässige und unermüdete Arbeit, um die ungeheuren Schädigungen, welche ein jahrelanger Weltkrieg naturnotwendig mit sich führt, sobald wie möglich ausgleichen zu können. Das bedingt geradezu unwiderrückliche Reformen auf allen Gebieten, besonders aber auf dem der Sozialpolitik. Darüber sind sich alle einig, denen das Wohl des Volkes das höchste Gebot ist. Allerdings gibt es auch Kreise, denen jetzt schon eine Gänsehaut über den ganzen Körper läuft, wenn sie an die „viel zu weitgehenden Forderungen“ der Gewerkschaften gemahnt werden. Gerade deshalb heißt es aber, das Banner der weitgehendsten Sozialpolitik aufpflanzen, weil das allein dem blut- und fleischarmen Volkseifer neue Lebenskraft zuführen vermag. Wohl sind schon einige Abschlagzahlungen während des Krieges gegeben worden und einige andere sind in Aussicht gestellt, allein, welche Widerstände wachgerufen werden, kann man aus dem zähen Widerstand gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht in Preußen ersehen. Und die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ weht schon ihr Messer, um aus dem sozialpolitischen Programm der deutschen Gewerkschaften die besten Stücke herauszuschneiden.

Freilich steht die Arbeiterschaft nicht mehr allein, sind die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen sich über ihre grundlegenden Forderungen einig. Die Zeiten sind vorüber, wo man die Arbeiterschaft als unbeachtliche Größe behandeln konnte, wo ihr die Angestelltenchaft, der sogenannte neue Mittel-

stand und die Männer der Wissenschaft verständnislos oder feindlich gegenüberstanden. Mag auch noch manches frühere Vorurteil bei Teilen dieser Schichten in die Gegenwart hineinragen, so ist doch im allgemeinen eine ganz andere, gerechtere Würdigung der Arbeiterschaft und ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft eingetreten. Das darf uns aber nicht von der Erkenntnis abhalten, daß den Löwenanteil ihres wirtschaftlichen Aufstiegs nach wie vor die Arbeiterschaft selbst zu bestreiten haben wird.

Wir möchten uns aus räumlichen Gründen auf diese wenigen Ausführungen beschränken und nur noch durch einige Worte unsere Bedenken über einzelne Teile des Programms — dem wir im allgemeinen unsere Anerkennung und Zustimmung nicht verlagern — zum Ausdruck bringen.

Beim Abschnitt „Wirtschaftspolitik“ erscheint uns die Behandlung des Rohstoffbezuges viel zu kurz behandelt. Was heißt denn eigentlich „Sicherung des Rohstoffbedarfs“? Kein Wort darüber, wie man den Rohstoffbedarf zu sichern gedenkt, während doch sonst das Programm durch Eingehen auf Einzelheiten Erläuterungen genügend gibt. Nun ist aber gerade die Sicherung des Rohstoffbedarfs bzw. der Rohstoffquellen für die deutsche Sozialpolitik von ganz besonderer Wichtigkeit, weil sie sehr stark von dem Blühen unserer Volkswirtschaft abhängig ist. Unsere Volkswirtschaft oder mit anderen Worten unsere Industrie bedarf aber nach wie vor der vielen Rohstoffe im Milliardenwerte, die sie vor Kriegsbeginn aus überseeischen Kolonien bezog. Wie will man aber derartigen Rohstoffbedarf sichern, wenn unsere Kolonien in feindlichen Händen bleiben und wenn unsere Feinde sich verschworen haben, die Rohstoffbezugsquellen ihrer eigenen Kolonien uns durch alle möglichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen auch nach dem Kriege zu verstopfen. Man nehme solche Drohungen ja nicht auf die leichte Schulter und drücke sich nicht um solche hochwichtigen Fragen herum, das könnte sich bitter rächen. Gerade als sozialistischer Gewerkschafter muß man frei und offen aussprechen, daß unsere heutige Industrie ohne Kolonialwirtschaft gar nicht auskommen vermag, ganz gleich, ob sie von eigenen Völkern oder von fremden Völkern betrieben wird. Im letzteren Falle gibt sie lediglich ausländischen Kapitalisten die Möglichkeit, zum Schaden unserer heimischen Industrie von allen Rohstoffen einen Profit zu erheben und dadurch den Wettbewerb unserer Industrie zu hemmen und mittelbar auch die Arbeiterschaft unseres Landes zu schädigen. Nur auf dem Mutterboden einer durch gesunde Wirtschaftspolitik bedingten blühenden Volkswirtschaft kann eine weitreichende Sozialpolitik gedeihen. Sie verortet unter einer in ihren Lebensbedingungen gemehnten und dahinsiehenden Wirtschaftspolitik. Das ist eine einfache ökonomische Wirtenswahrheit.

Fraglich ist es auch, ob es klug war, schlankweg den Abbau der Zölle auf Industrie- und Agrarprodukte und die Herabsetzung und allmähliche Aufhebung der Lebensmittelszölle zu fordern, gerade jetzt, wo der Blick in die Zukunft verschleiert ist und man beim und nach dem Friedensschluß von Fall zu Fall abwägen haben wird, was unserer Landwirtschaft nützlich sein wird, deren Bedeutung wir doch in den Lebensmittelmöten erkannt haben. Auch Industrieforschung können unter gewissen Umständen angebracht sein, obgleich die deutsche Industrie unter früheren Verhältnissen den Freihandel

nicht zu fürchten brauchte. Aber wer übernimmt die Gewähr für die Rückkehr früherer Verhältnisse?

Wir lassen nun die Forderungen selbst folgen; sie lauten:

### 1. Sozialpolitische Organisation.

Ein Reichsarbeitsministerium, dem alle Arbeiterangelegenheiten, Arbeiterstatistik, Arbeitergesetzgebung, Arbeiter- und Angestelltenversicherung, Arbeitsvermittlung, Arbeitervertretung, Arbeiter- und Unternehmerorganisation, Tarifverträge, Einigungsweisen, Rechtsprechung, sowie ferner die öffentlichen Arbeiten und Staatsbetriebe unterstellt sind; — mit einem Reichsarbeitsamt, bestehend aus einem Präsidium, das zu gleichen Teilen aus Vertretern des Reiches bzw. der Bundesstaaten, der Unternehmer und Arbeiter bzw. Angestellten zusammengesetzt wird, und einem aus Sachverständigen und Vertretern der Unternehmer und Arbeiter bzw. Angestellten bestehenden Beirat, ferner Landesarbeitsämter für den Bezirk eines Bundesstaates oder einer Provinz, und lokale Arbeitsämter für den Bezirk eines Stadt- bzw. Landkreises. Heranziehung befähigter Arbeiter zum Dienst der sozialpolitischen Verwaltung.

### 2. Arbeitervertretung.

Die gesetzliche Errichtung von Arbeitskammern für den Bezirk eines Bundesstaats oder einer Provinz, bestehend aus der gleichen Anzahl von Vertretern der Arbeitgeber wie der Angestellten und Arbeiter, die in unmittelbarer, geheimer Wahl aller großjährigen Arbeitgeber einer- und Angestellten und Arbeiter andererseits gewählt werden, mit den Aufgaben der Wahrnehmung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen der Arbeitgeber, Arbeiter und Angestellten, wie auch der Vertretung der besonderen Interessen der Arbeitgeber, wie der Angestellten und Arbeiter durch Antragstellung, Begutachtung, Beschwerdebefürung, Untersuchung von Arbeiterverhältnissen innerhalb ihres Bezirkes, statistische Erhebungen, Erstellung von Jahresberichten und Berichten über wirtschaftliche und Arbeiterfragen, Förderung der Organisation und des Abschlusses von Tarifverträgen und Arbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen, und mit dem Rechte jeder dieser beiden Vertretungen, zur Wahrnehmung der besonderen Interessen ihres Standes für sich allein zusammenzutreten, in allen zu den Aufgaben der Kammer gehörenden Fragen ihren eigenen Standpunkt darzutun, Entscheidungen zu fassen und Berichte zu erlangen. Ferner Errichtung von Arbeitsräten für den Bezirk eines Stadt- bzw. Landkreises, die in Zusammensetzung und Aufgaben für ihren Bezirk denen der Arbeitskammern entsprechen; unbeschränkte Zulassung von Gewerkschaftsangeestellten als gewählte Arbeitervertreter. Obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen für alle Betriebe mit regelmäßig 20 beschäftigten Personen, herabgehend aus unmittelbarer und geheimer Wahl der großjährigen Arbeiter bzw. Angestellten ihres Betriebes, mit den Aufgaben der Wahrnehmung und Vertretung der Interessen der im Betriebe tätigen Arbeiter und Angestellten, sowie der Verhandlung über Anträge, Wünsche und Beschwerden betreffend die Arbeits- und Arbeiterverhältnisse der Arbeiter bzw. Angestellten mit dem Unternehmer.

### 3. Organisationsrecht.

Aufhebung aller das Recht der Vereinigung der Arbeitsniederlegung, Sperrung von Betrieben und des Boykotts zum Zwecke der Herbeiführung besserer oder zur Verteidigung bestehender Lohn- und Arbeitsbedingungen beschränkenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der Koalitionsverbote gegen Eisenbahn- und sonstige Staatsarbeiter und angestellten, Seeleute, Landwirtschaftsarbeiter, Haus- haltspersonal und gegen Arbeiter ausländischer Ger-

Inhalt; gesetzliche Sicherung des Vereinigungs- und Streikrechts gegen behördliche und private Verbote und Beschränkungen. Ablehnung aller Streikauflagen in Verträgen bei Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen, und Verpflichtung der Unternehmer solcher Aufträge, das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter und Angestellten anzuerkennen.

Ein allgemeines Ausfuhrverbot für Papierwaren

ist im Anschluß an das bisherige Teilverbot durch Verordnung vom 3. Januar d. J. vom Reichskanzler erlassen. Ausgenommen sind hiervon nur entwertete Briefmarken der Nr. 673b des Statist. Warenzeichnisses und Waren, die nicht unter den Abschnitt 11 des Zolltariffs fallen.

Vermutlich will die Regierung die Ausfuhr nicht ganz aufheben, denn sie gesteht auch besondere Bewilligungen zu, jedoch die Ausfuhr vom Standpunkt der Gegenleistungen der Bestimmungsländer sowie aus Gründen der Währungsprotektion überwachen. Diese neue Verordnung tritt an die Stelle früherer Verordnungen (1. 12. 15 und 25. 5. 17).

Dem Aus- und Durchfuhrverbot sind eine Unmasse von Waren unterstellt, deren Herstellung vielen unserer Berufsangehöriger Verdienstaquelle ist. Deshalb läßt das Verbot wiederum manche üble Folgen befürchten, ja es ist zu vermuten, daß einzelne Betriebe, die hauptsächlich auf Ausfuhr zugeschnitten sind, Entlassungen vornehmen oder ganz schließen müssen.

In Dresden hat z. B. eine Schneideschreibplakatprägelei dem Personal schon gekündigt und kann eine Weiterbeschäftigung nur von einer „Sonderbewilligung“ der bisherigen Ausfuhr abhängig machen. Es darf nicht wundernehmen, wenn in aller Kürze mehr von solchen Mißständen zu berichten ist, wenn es den Betrieben nicht gelingt, durch Heeresaufträge oder mit der vorhandenen Einrichtung zu bewältigende andere Warenherstellung Ersatz für das Entgangene zu erhalten.

Betroffen werden von diesem Verbot unter vielem anderen auch die Erzeugnisse des Buch- und Steinbruchs usw., Luxuspapier, Kartonnagen, Spielkarten und andere Branchen. Von den einzelnen Waren seien nur erwähnt: Gold- und Silberschnittpapiere (Ausnahme Widerpapiere), Postkarten mit Aufdruck von Bildern, Farbpressung und Rändern, Gold und anderen Metallen, Veräufsch, Wunsch-, Empfehlung-, Geschäfts- und ähnliche Karten, Marmor- und andere Abziehpapiere, Modellierbogen, Aufmachungsarten für Spielzeuge, Etiketten (unausgestanzte) usw., Vordrucke zu Frachtbriefen, Rechnungen, Fahrscheinen, Geschäftsbüchern u. a. m. Papier und Pappe mit Gumbalerelei, gepreßte Naturblumen, Photographien oder mit anderen Verzierungen, Spielkarten in jeder Gestalt und Größe, Geschäftsbücher, Notizbücher, Einbanddecken, Wappen, Atropen, Stuis, Sammelbücher (Albums). Waren aus Papier, Pappe, Steinpappe, Holzmasse, auch Hartpapierwaren, Kampenshirts, Laternen, sowie andere feine Waren, Luxusgegenstände, Blumen, Schreibhefte, gebettete oder auf Pappe ausgezogene oder eingebundene Preisverzeichnisse (Kataloge), auch andere Waren in Verbindung mit Metall und anderen Stoffen, Etiketten auf Papier oder Pappe (Tapiseriekartonnagen), Schnellhefter, Briefordner, Kartonnagen, Zigarettenspitzen, Ankündigungstafeln u. a. m.

Es wird wohl jedem unbestreitbar erscheinen, daß von diesem Verbot mancher Unternehmer und mehr noch unsere Kollegen selbst betroffen wird.

Wenn man schon auf eine nur vorübergehende Erleichterung hoffen darf, so ist für uns doch eine wesentliche Beunruhigung mehrerer Geschäftszweige und damit wiederum die nötigen Widerstandsmassnahmen in Aussicht gestellt.

Wollte schließlich die Regierung den Petenten aus Drudereien entgegenkommen und durch dieses Verbot dem Mangel an Papierem im Inlande abhelfen, so drückt sie bei diesem „Zugeissen“ aber wieder anderen Betrieben unseren Verurtheil ab.

Frits Reuter sagt: „Den egen sien Uhl is deen annern sien Rachtigall!“

Und die Folge dieses Verbotes wird sein, daß man wohl der einen Seite der nach Hilfe Rufenden eine kleine Veruhigung gibt, auf der anderen Seite aber wieder neue Hilferufer heraufbeschworen hat. H. L.

Aus unserem Kern.

Arbeitslosenstatistik. Unsere für die Verichterstattung an das Statistische Amt bestimmte Erhebung über Arbeitslosigkeit und Unterstützungsbezug im 4. Quartal 1917, mit welcher zugleich auch die 16. Kriegshatistik der Generalcommission verbunden war, ist wieder keine vollständige, weil die Verwal-

tungen der Zahlstellen in Bonn, Duisburg-Ruhrort, Freiburg i. W., Hanau, Karlsruhe, Kottbus, Mannheim-Ludwigs-hafen, Straßburg, Weizenfels und Zittau die Verichtsbogen trotz erfolgter Wahrung gar nicht oder erst so spät eingesandt haben, daß sie für die Zusammenstellung nicht mehr verwandt werden konnten. Diese 10 Zahlstellen mit zusammen 129 männlichen und 80 weiblichen Mitgliedern sind daher in dem nachstehend geschiederten Ergebnis der Aufnahme nicht mitenthalten.

In den an der Verichterstattung beteiligten 97 Gauen und Zahlstellen mit zusammen 5312 männlichen und 14292 weiblichen, insgesamt also 19604 Mitgliedern, waren am Stichtage, der 29. Dezember, 50 männliche und 253 weibliche, insgesamt also 303 am Ort befindliche Mitglieder arbeitslos.

Prozentual berechnet kamen auf je 100 Mitglieder bei den männlichen 0,9, bei den weiblichen 1,8 und bei beiden zusammen 1,5 Arbeitslose. Im Vergleich mit dem Vormonat mit 1,2 Arbeitslosen auf 100 Mitglieder — 0,4 bei den männlichen und 1,5 bei den weiblichen — ist wieder eine nicht unwesentliche Zunahme in der Zahl der Arbeitslosen zu verzeichnen.

Folgende Zusammenstellung zeigt die Entwicklung im Umfang der Arbeitslosigkeit unter unseren Mitgliedern während der Dauer des Krieges:

Table with columns: Monat, Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtage (m, w, ges), Arbeitslose auf je 100 Mitglieder (1916, 1915, 1914). Rows include months from August 1916 to December 1917.

Im ganzen abgelaufenen Quartal wurden in den 97 Gauen und Zahlstellen, aus denen Berichte vorliegen, insgesamt 2016 Fälle von Arbeitslosigkeit mit zusammen 20723 Arbeitsloftagen gemeldet. Arbeitslosenunterstützung wurde an 359 Mitglieder für 4767 Tage gezahlt. Für 15 956

Die Arbeitslosigkeit in unserem Verbands im 4. Quartal 1917.

Large table with columns: Gau, Zahl der Mitglieder (männl, weibl, ges), Zahl der Arbeitslosenfälle (im ganzen Quartal, am letzten Stichtage), Zahl der Arbeitsloftage, Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt (an Personen, für Tage, M.), Jeder Arbeitslosenfall dauerte Tage, auf je 100 Mitglieder kamen Fälle von Arbeitslosigkeit (im ganzen Quartal, am letzten Stichtage). Rows include Gau numbers 1-17, Zusammen, Summa, and dates 3. Qu. 1917, 4. 1916, 4. 1915, 4. 1914, 4. 1913.

\* Fehlende Zahlstellen.

Tage oder 77,0 Proz. der gesamten Arbeitsloftage konnte Unterstützung nicht gezahlt werden, weil die betreffenden Mitglieder entweder nicht bezugsberechtigt oder ausgesenert waren. Von den am letzten Stichtage am Ort und auf der Reise gezählten 50 männlichen und 253 weiblichen Arbeitslosen waren nur 14 bzw. 99 zum Bezug von Arbeitslosenunterstützung berechtigt. Auf je 100 Mitglieder kamen im abgelaufenen Quartal 10,3 Fälle von Arbeitslosigkeit mit durchschnittlich zehn tägiger Dauer.

Gegenüber den ersten drei Quartalen des Jahres 1917, wie auch gegenüber den gleichen Quartalen der Vorjahre, ist in der Zahl der Arbeitslosenfälle und in der durchschnittlichen Dauer des einzelnen Falles wieder eine weitere Abnahme zu verzeichnen, so daß nun sogar ein günstigerer Stand wie zur Zeit normaler Verhältnisse vor dem Kriege zu konstatieren ist.

Ueber den vorhergesagten Umfang der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gaubezirken unseres Verbandes gibt untenstehende Tabelle eine Uebersicht.

Danach waren für das ganze Quartal prozentual berechnet die meisten Fälle von Arbeitslosigkeit zu verzeichnen in den Gauen 1 (Berlin), 9 (Eisenberg) und 6/7 (Hamburg-Altona), während am letzten Stichtage der größte Prozentatz an Arbeitslosen wieder im Gau 9 (Eisenberg) vorhanden war. Bezüglich der durchschnittlichen Dauer des einzelnen Arbeitslosenfalles stehen dagegen die Gauen 1 (Berlin) und 6/7 (Hamburg-Altona) am günstigsten da, während für die Gauen 12, 16 und 9 immer noch eine recht lange Dauer der Arbeitslosigkeit — besonders bei den weiblichen Mitgliedern — zu verzeichnen ist.

Bei verkürzter Arbeitszeit arbeiteten nach den vorliegenden Berichten in der Woche vom 23. bis 29. Dezember 87 männliche und 181 weibliche Mitglieder. Davon entfällt der größte Teil auf die in Betrieben der Stuis- und Kartonnagenbranche beschäftigten Mitglieder in Chemnitz, Eisenberg, Göhring (Schmölln), Limbach und Pforzheim, sowie auf zwei Buchbindereibetriebe in Schleiz, die in dieser Zeit wegen Mangel an Heizungsmaterial feiern mußten.

An Arbeitslosenunterstützung sind im 4. Quartal 5563 M. zur Auszahlung gelangt, gegen 8892 M. im 3. Quartal und 10762 M. im gleichen Quartal des Vorjahres. Für Krankenunterstützung wurden im 4. Quartal 11485 M., für Hinterbliebenenunterstützung 3476 M. und für sonstige Unterstützungen 2405 M. verausgabt. Von diesen insgesamt 22929 M. Unterstützungsausgaben entfallen 1665 M. auf die Lokalfassen.

Außerdem ist als Weihnachtunterstützung an die Kriegsteilnehmer und deren Familien aus der Verbandskasse 22325 M. und aus den Lokalfassen für den gleichen Zweck und für Siebesgaben noch 29352 M. verausgabt worden.

Wilhelm Leo, der Begründer des Allgemeinen Angelegers für Buchbindereien in Stuttgart und des Fachgeschäfts für Buchbindereibedarf Wilhelm Leo Nachf., ist am 6. Januar d. J. im Alter von 79 Jahren in Stuttgart gestorben.

Berichte.

Eöln-Düsseldorf. Wie durch verschiedene Mitteilungen an dieser Stelle bekannt ist, haben wir gemeinschaftlich mit dem Graphischen Zentralverband und dem Gewerbetreibenden der graphischen Berufe (G.D.) in Düsseldorf den Eöln-Düsseldorfer Tarif genehmigt und Verlängerung seiner Geltungsdauer um ein Jahr unter Erhöhung der tariflichen Mindestlöhne und unter Einbeziehung der Arbeiterinnen in das Tarifverhältnis beantragt.

Diese beachten uns leider infolge einer Enttäuschung, als die Prinzipalsvertreter, unter denen die Buchdruckerbeihilfe die Führung hatten, mit der größten Beharrlichkeit jede Wenderung der tariflichen Positionen ablehnten, so daß wir uns schließlich wohl aber über hiermit abfinden und uns mit dem Abschluß einer Vereinbarung über Erhöhung der Teuerungszulagen begnügen mußten.

Wie im Mai v. J. den Buchdruckern erhöhte Teuerungszulagen bewilligt wurden, sind diese in den meisten Fällen auch unsern Kollegen gezahlt worden, in Ermangelung einer diesbezüglichen Vereinbarung sind aber auch manche Firmen hinter den Sähen der Buchdrucker zurückgeblieben, was durch die jetzt erfolgten Zugeständnisse allerdings recht verbessert ausgeglichen wurde. Mit Bezug auf Teuerungszulagen wurde folgendes beschlossen:

Die männlichen Arbeiter erhalten an Teuerungszulagen für die Woche:
Tabelle mit 3 Spalten: Wochenlohn, De Verkehretete, für Ledige. Zeilen für Löhne von 33 bis 89 M.

Die Zahlung dieser Teuerungszulagen wurde von den Prinzipalen als tarifliche Pflicht anerkannt und weiter noch bestimmt, daß eine Erhöhung der bis dahin üblichen Teuerungszulagen um 0,50 M., vom 26. November v. J. ab zu gewähren und eventuell nachzuzahlen ist.

Soweit die Kollegen in Frage kommen, können wir demnach mit dem in barem Gelde zum Ausdruck kommenden Ergebnis einigermassen zufrieden sein. Anders gestalteten die Dinge sich aber bezüglich der Kolleginnen. Mit der Ablehnung der beantragten Einbeziehung der Arbeiterinnen in das Tarifverhältnis glauben die Prinzipale diese abgefunden zu haben und waren des höchsten verwundert, daß unsererseits nun auch für sie noch die Festlegung bestimmter Teuerungszulagen beantragt wurde.

Nach langer Verhandlung gaben die Prinzipalsvertreter die grundsätzliche Erklärung ab, daß bei der nächsten Erneuerung des Tarifs die über ein Jahr im Beruf tätigen Arbeiterinnen in das Tarifverhältnis einbezogen werden sollen, die jetzt beantragte Festlegung bestimmter Teuerungszulagen für die Arbeiterinnen soll aber noch weiterer Berücksichtigung vorbehalten bleiben.

Unsererseits ist beantragt, die Teuerungszulagen für Arbeiterinnen mit einem Lohn bis 20 M. auf 8 M., und bei einem Lohn von 20 bis 30 M. auf 9 M. für die Woche festzulegen, während bei höherem Lohn eine entsprechende Anrechnung der Teuerungszulagen zulässig sein soll.

bande noch nicht angehörenden Kolleginnen hoffentlich die richtige Lehre ziehen.

Dresden. Am Sonntag, den 13. Januar, fanden sich die Angehörigen der graphischen Berufe zu einer Protestkundgebung gegen den Papierwucher und mangelhafte Papierverföhrung an die graphischen Gewerbe im Volkshaus ein.

Gauvortreter Wendtsche (Buchdrucker) gestellte in seinem Referat die Ungulänglichkeite der Verforung mit Druckpapier von seiten der Regierung und führte an der Hand von Beispielen die etappenmäßigen Verschärfungen der Einschränkungen vor Augen. Sodann schilderte er die ungeheuren Preissteigerungen im Papier- und Materialhandel.

Wie an vielen Orten solle heute auch diese Versammlung auf Abhilfe drängen, um noch Schimmereis und vor allem große Arbeitslosigkeit abzuhalten. Hiernach wies Kollege Lange auf die Bedröngnis hin, in die viele Geschäftszweige, die von ihm vertreten werden und die dem Mutterberuf Buchbinderei entzoproffen sind, durch das neue Ausfuhrverbot (siehe an anderer Stelle dieses Blattes) geraten.

Nachdem der Vorsitzende Franz Hermann vom Druckerbeihilfsarbeiterverband referierend auf die gerügten Mibstände hingewiesen und, wie auch der Referent, die Vorliebe der Papiermacher für luxuriöse Damengewänder gemißend, wahrscheinlich großen Profit bringende Lieferungen bereitstellen, verurteilt und das Augenmerk der Ueberwachungsinstanzen auf dieses unsere Fächer schädigende Gebaren lenkte, wurde die Versammlung nach einstimmiger Annahme folgender Entschlieöung geschlossen.

Entschlieöung:

Die am 13. Januar 1918 im Volkshaus tagende Versammlung des Graphischen Kartells erhebt Protest gegen die mangelhafte Papierverföhrung des gesamten graphischen Gewerbes und gegen den Papierwucher. Eine weitere Einschränkung der Druckerzeugnisse würde nicht nur eine bedenkliche Verachtelung aller Volkswirtschaften während der Kriegszeit bedeuten, sondern sie würde besonders auch das gesamte graphische Gewerbe schwer schädigen und die Stilllegung weiterer Betriebe zur Folge haben.

Frankfurt a. M.-Offenbach. Nachdem im Rotvorigen Jahres von den Buchdruckerbeihilfern unseren Kollegen die gleichen Teuerungszulagen bewilligt wurden wie den Buchdruckerbeihilfen, sah sich unsere Pahlstelle, veranlaßt durch die ungeheure Verteuerung der Lebensmittel, erneuert gezeugen, mit Forderungen an die Prinzipale heranzutreten.

Das Braunschweiger Gewerkschaftsblatt gegen die Generalkommission. Das Braunschweiger Blatt der „Unabhängigen“ hat an die Zentralvorstände eine Schrift verfaßt: „Wie die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Gewerkschaftsblätter verbräutet“, in der der Generalkommission alle möglichen Sünden vorgeworfen werden.

wissen. Es muß Aufgabe der Kolleginnen sein, dafür zu sorgen, daß auch die letzte Kollegin dem Verbands angehört und sich dafür interessiert, was im Gewerbe vorgeht. Die Kolleginnen müssen bedenken, daß es nicht die Schuld der Zeitung des Verbandes ist, wenn der Erfolg nicht besser ist.

Für die Gehilfen beträgt die Zulage jetzt zusammen 19.— M. pro Woche und da die Kollegen auch durchgängig Erhöhungen des Wochenlohnes durchsetzen konnten, beträgt der Durchschnittslohn 52—55 M. pro Woche, ein Lohn der entsprechend der Teuerung noch wesentlich höher sein müßte.

Die Freie Vereinigung selbständiger Buchbinder erkannte die im Frühjahr bewilligte Teuerungszulage als Tarifserhöhung an und beträgt der Lohn nunmehr für Ausgelernte im ersten Gehilfenjahr 21.— M., im fünften und später 32.— M., für Arbeiterinnen im vierten Halbjahr 16.— M.

Die in den Buchdruckerzeilen, wo die große Mehrheit der Kollegen und Kolleginnen beschäftigt sind, auch nicht alle unsere Wünsche in Erfüllung gelangen, so liegt es nunmehr an den Kollegen und Kolleginnen, in allen Fällen, wo diese Vereinbarungen nicht eingehalten werden, unwezüglich der Organisationsleitung Mitteilung zu machen.

An die Kartomagnetenfabrikanen in Frankfurt-Offenbach wurden ebenfalls Forderungen gestellt. Dort, wo Mitglieder unseres Verbandes in Frage kommen, wurden zum Teil auch ganz annehmbare Zulagen erreicht. Doch waren allgemeine Abmachungen bis jetzt nicht möglich.

Rundschau.

Das Wachstum der Gewerkschaften. In einem Rückblick auf das Jahr 1917 teilt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission mit, daß vom dritten Quartal 1918 bis zum dritten Quartal 1917 die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 947 664 auf 1 201 770 gestiegen ist.

Soweit unser Verband in Betracht kommt, ergeben sich folgende Zahlen: Ende 1916 5490 männliche, 11 072 weibliche, zusammen 16 562 Mitglieder; Ende 1917 6441 männliche, 14 372 weibliche, zusammen 19 813 Mitglieder.

Das „unabhängige“ Braunschweiger Gewerkschaftsblatt gegen die Generalkommission. Das Braunschweiger Blatt der „Unabhängigen“ hat an die Zentralvorstände eine Schrift verfaßt: „Wie die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Gewerkschaftsblätter verbräutet“, in der der Generalkommission alle möglichen Sünden vorgeworfen werden.

geben, auch das letzte das Kartell ab. Dafür kündigte es aber die beiden Arbeitersekretäre wegen ihres politischen Verhaltens (Anhänger der Kartellmehrheit). Die Braunschweiger berufen sich auch zu Unrecht auf die Zuschüsse an andere Kartelle. Den höchsten Zuschuß erhält das Krefelder Kartell mit monatlich 300 Mk., also 3600 Mk. vierteljährlich; dieses erhebt aber 1,48 Mk. Jahresbeitrag. Erhöhte das Braunschweiger Kartell denselben Beitrag, so würde es nicht nur keine Zuschüsse gebrauchen, sondern noch erhebliche Ueberschüsse erzielen. Nach der Kartellstatistik von 1915 wurden in 136 Orten Jahresbeiträge von mehr als 1 Mk. bis zu 4,20 Mk. erhoben. Also es wurde von der Generalkommission keine ungerechtfertigte Zuzumutung an das Braunschweiger Kartell gestellt. Als das Kartell dann die Drohung wahr machte, die Rechtsberatung für die Arbeiterschaft im Herzogtum Braunschweig einzustellen, blieb der Generalkommission nichts weiter übrig, als die Kosten für das Bezirkssekretariat zu übernehmen.

Woju also der Lärm? Das Papier der Streitschrift ist gut, schade um das schöne Papier!

**Zusammenschluß im Großbuchhandel.** Schon vor dem Kriege wurden eine Reihe der bedeutendsten deutschen Verlagbuchhandlungen gruppenweise zusammengeschlossen, die dadurch zu einer gewaltigen Macht dem Sortimentsbuchhandel und damit auch den Bücherkäufern und natürlich den Schriftstellern gegenüber erwachten. Dieser Macht des Verlagbuchhandels gegenüber, der auch den Börsenverein deutscher Buchhändler beherrschte, schlossen sich die Sortimentsbuchhändler in der Buchhändlergilde zusammen. Den Sortimentsbuchhändlern erwächst nun eine neue gewaltige Macht durch die Konzentration des Kommissionsbuchhandels und des Groß-Sortimentsbuchhandels, die die Vermittlung zwischen den Verlagbuchhandlungen, zum Teil auch den ausländischen und den Sortimentsbuchhandlungen, vor allem für die gangbarsten Bücher immer mehr monopolisieren. Hier hat schon eben eine starke Konzentration eingesetzt, indem die beiden bedeutendsten Groß-Sortimentsbuchhandlungen Köhler und Volkmar in Leipzig, die schon seit Jahren ihre Konkurrenten ausgekauft hatten, ihren Wettbewerb aufgegeben und sich zusammengeschlossen haben. Diese Großkommissionäre und Verlagsfirmen üben einerseits auf die Ver-

leger, soweit sie nicht zu den kräftigsten gehören und andererseits auf das Sortiment einen gewaltigen kapitalistischen Einfluß aus. Ihr Zusammenschluß führt zu einer überaus bedeutsamen Ersparnis von Kosten und zu einer Unmöglichkeit, durch Konkurrenzunternehmungen ihnen irgendwie Abbruch zu tun, zu einer übermächtigen Stellung im Buchhandel und zu einem sehr empfindlichen Druck auf die ohnedies sehr schlecht entlohnenden Gehilfen und ihre Organisationen. Auch im Buchhandel beschleunigt der Krieg die höchste Steigerung der Konzentration.

Um so mehr haben die Arbeiter alle Pflicht, ihre Macht durch Ausbau ihrer Gewerkschaften zu stärken, sonst werden sie der Gnade des Großkapitals ausgeliefert sein.

**Gewerkschaftliche Frauen-Zeitung betreffend.**

Die Expedition der „Gewerkschaftlichen Frauen-Zeitung“ gibt bekannt:

Wie im Vorjahre, so haben wir auch für 1917 nur eine, gegenüber der wirklichen Auflageziffer der „Gewerkschaftlichen Frauen-Zeitung“ bedeutend herabgesetzte Anzahl Inhaltsverzeichnis anfertigen lassen. Wir liefern diese nur auf Bestellung, die möglichst bald bei der Expedition dieses Blattes erfolgen möchte.

Einbanddecken und gebundene Jahrgänge der „Gewerkschaftlichen Frauen-Zeitung“ sind auch für 1917 wieder erhältlich. Der Preis hat sich jedoch durch die Steigerung der Preise für Zutaten usw. etwas erhöht. Der gebundene Jahrgang kostet für Organisationsmitglieder 3 Mk., die Einbanddecke allein 2 Mk. Bestellungen für die durch den Verbandsvorstand bezogenen „Gewerkschaftlichen Frauen-Zeitungen“ werden von diesem entgegengenommen.

**Abrechnungen**

vom 4. Quartal 1917 gingen weiter bis zum 21. Januar bei der Verbandskasse ein: von Rotabun mit — Mk., Gau 4 — Mk., Bremen — Mk., Gau 8 150 Mk., Bielefeld 300 Mk., Hannover 350 Mk., Eisenberg — Mk., Gera — Mk., Gotha — Mk., Jena 50 Mk., Bonn 50 Mk., Hagen 55,73 Mk., Köln — Mk., W.-Glabach 80 Mk., Annaberg-Buchholz 100 Mk., Dresden 2500 Mk., Leipzig

4748,50 Mk., Zittau 40 Mk., Zwickau 50 Mk., Oahe — Mk., Reutlingen 100 Mk., Schweinfurt — Mark und von Kaufbeuren mit 50 Mk.  
E. Hauelsen.

**Adressenänderungen.**

Abresen der Bevollmächtigten und der Kassierer. B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.

Altenburg. B.: Fr. Secht, Friesenstr. 5. K.: A. Lehmann, Mauerstr. 4 b, 1.  
Bielefeld. B. S. Herz, Bielefeld-Gadderbaum, Eggeweg 40. K. A. Brinckhoff, Alsenstr. 32 III, 12-1/2 und von 7 Uhr abends ab.  
Erfurt. B. E. Schamim, Müfflingerstr. 34. K. G. Schabel, Yorkstr. 10a.

**Literarisches.**

Aus der „Neuen Zeit“, 16. Heft, haben wir hervor: Gewerkschaftsbewegung und Parteispaltung. Von Hermann Müller (Berlin). — Zur Selbstverständigung in der deutschen Sozialdemokratie. Von Heinrich Cunow. — Zur Wiedervereinigung. Von Emil Kloth. — Kleinbauer und Arbeiter. — Aus der internationalen sozialistischen Bewegung: Henderson und Lloyd George. Krohns Antwort auf den Aufruf der französischen Parlamentsfraktion. Engelbert Bernerstorfer f. — Literarische Rundschau: „Jungvolk“, ein Almanach für die arbeitende Jugend. Von -.

Leos Buchbinder-Taschenkalender 1918, Verlag des „Allgemeinen Anzeigers für Buchbinderereien“, Stuttgart, ist uns zugegangen. Der Kalender enthält manche nützliche, in unser Fach einschlagende Hinweise. Der Preis beträgt 1,30 Mk.

**Briefkasten.**

D. N. in Frankfurt a. O. Weil wir den in Ihrem Aufsatz enthaltenen Stoff schon verschiedentlich behandelt haben und wegen der von Ihnen selbst beflagten Raumknappheit müssen wir von der Veröffentlichung absehen.

W. S. in Berlin. Ihr Aufsatz mußte leider nochmals zurückgestellt werden wegen des leidigen Raumangels. Trösten Sie sich mit mir und ändern, denen es nicht besser geht.

**ANZEIGEN**

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Dresden.  
Am 1. Januar verschied nach kurzem Krankenlager unser Mitglied, Fräulein  
**Julie Formacek,**  
Kartonnagenarbeiterin, im Alter von 23 Jahren.  
Ehre ihrem Andenken!  
Der Vorstand.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 16. Januar 1918 unser Mitglied  
**Anna Kuß,**  
Buchbinderarbeiterin, verstorben ist. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten!  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Düsseldorf.  
**Todes-Anzeige.**  
Am 30. Dezember 1917 starb unser treues Mitglied  
**Maria Dobbeck**  
im Alter von 19 Jahren.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

Sie brauchen kein Wasser mitzubezahlen!  
**Für Weizenstärke Leimpulver Tragant. LW**  
anerkannt vorzüglich!  
Nur 4,95 ergibt 6-7 Liter besten Kleister.  
Postpaket 1/2 Kilo Inhalt Mk. 23,50 franco Nachnahme. Muster 50 Pf.  
Nur an Selbstverbraucher!  
**Georg Boehm, Glasl. 541.**

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Eisenberg.  
**Nachruf.**  
Am 12. Januar starb nach kurzer Krankheit unser Mitglied  
**Otto Storch**  
im Alter von 20 Jahren.  
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Ortsverwaltung.

Berlin.  
**Tüchtige Buchbinder**  
für Akkorarbeit verlangt  
**August Frydrychowicz,**  
G. m. b. H., Belle-Alliance-Str. 81/83.  
**Sortimenter Fertigmacher Deckenmacher Presser**  
für dauernde Beschäftigung gesucht.  
**Julius Hager, Großbuchbinderel, Leipzig, Breitkopffstr. 9.**

Für prima Qualität Gewähr durch beste Aufnahme in der gesamten Großindustrie.  
**Sixtin-Klebstoff**  
gar. verwendbar für jeden Zweck.  
Qual. I Mk. 100,— % kg  
Qual. extra Mk. 150,— % kg  
Einzelne Probekannen:  
Qual. I 5 kg Mk. 6,—, Qual. extra 5 kg Mk. 9,—, Qual. I 25 kg Mk. 25,—, Qual. extra 25 kg Mk. 37,00 exkl. Emballage ab Fabrik.  
Einzelmuster nicht, dafür Qualität garantiert.  
**Caesar Beckmann, Hamburg 13.**  
Fernsprecher 8, 4557.

**Geschäftshaus**  
in lebh. Kreisstadt, Provinz Hannover, gute Lage, in dem 25 Jahre Buchbinder- und Papierwarenhandlung mit allerbestem Erfolg betriebenen wird, für 15000 Mk. unt. ginst. Beding. zu verkaufen. Gute Gelegen. zur Geschäftsgründung für strebsame Anfänger. Anfragen unter Nr. 794 an Hausenstein & Bogler A.-G., Cassel.

u. andere Stoffe hat billig abzugeben. Off. No. E.144 Rud. Woffe, Rosenfhal. Str. 48.  
**Schneidl**, weifsbuchen, empfl. J. Sabel, Eberfeld, Gehmdeitsstr. 74.  
  
Wer zerrissenes Schuhwerk, Lederstücken, Schutzhüllen, Kleben, Zetteln, Bagenddecken, Fuß u. oletes and selbst ausbest. will, verw. vorzähl.  
**Nähahle „Stepperin“**  
Sie näht spielend den Steppstich wie Maschine u. lohnt sich in ganz kurzer Zeit im Haushalt wie bei Kundenarb. Garant. Verbrauch. Zahl. Anerkennungen u. Nachbestell. Preis 2,50 Mk. mit fort. Nadeln gegen Borstell. oder Radn. durch:  
General-Vertreter  
**Chr. Schopper,**  
Stuttgart I, Schwabstr. 67.

**la. Buchbinderleim und Kleister,**  
hell u. dunkel, beste Ware. Probekanne 5 kg brutto zu Mk. 12,— franco Nachnahme.  
**S. A. Tölke jun.,**  
Bremen, Düsternstraße 103.

**Krätze**  
entfchl. Weh-Gantjuden gehellt in 2 Tg. o. Berufst. 100000 f. bew. Monatl. Ab. 100 Heller. Mößlige Preise. Personenz. ang.  
„Salab“, Wahn 81, Kornumstr. 13.

**Anzeigen**  
finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingezahlt ist.